Oskar, geh du voran

Donnerstag, 25. Juni 2009

Jahrelang war Deutschland stolz auf seinen Nimbus als Exportweltmeister. Doch die Krise hat jetzt seine Schattenseiten aufgezeigt. Wer seine Wirtschaft so stark vom Ausland abhängig macht, kann in der Not nicht auf die Binnenwirtschaft zählen. Doch Besserung ist nicht in Sicht. Wegen der Staatsverschuldung wird jetzt in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Anhebung der Mehrwertsteuer nach der Bundestagswahl diskutiert.

Die Meinungsmacher in Deutschland haben die hohen Exportüberschüsse immer als das Resultat einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik gesehen. Wer viel exportiert, muss einfach gut sein, so die landläufige Meinung. Doch aufgrund der gleichen Zahlen hätte man auch zu einem anderen Schluss kommen können. Wer mehr exportiert statt importiert, leidet an einer Schwäche der Inlandnachfrage. Bis heute ist aber diese Sichtweise in Deutschland eine, die man erfolglos sucht. Im Gegenteil, die CDU möchte nun Massnahmen treffen, die das Ungleichgewicht noch weiter verstärken.

Wie „Bild"-Zeitung unter Berufung auf Parteikreise meldet, ist eine Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes von derzeit 7 Prozent auf 19 Prozent im Gespräch.

Dieser Satz gilt derzeit unter anderem für Lebensmittel und Schnittblumen. Nach Berechnungen aus der Fraktion könnte diese Anhebung rund 14 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen für die Staatskasse bringen. Und nötig hat es die Staatskasse, keine Frage.
Am Mittwoch hatte das Bundeskabinett einen Haushaltsentwurf für 2010 verabschiedet, der mit einer Neuverschuldung von 86 Milliarden Euro mehr als das Doppelte des bisherigen Schuldenrekords von 1996 erreicht.

Doch allein schon der Gedanke, die von Finanzinstituten verursachte Staatsverschuldung auf dem Buckel des Ottonormalverbrauchers zu sanieren, ist ein starkes Stück. Er ist nicht nur moralisch fragwürdig, er macht auch wirtschaftlich keinen Sinn. Deutschland muss die Binnennachfrage stärken, damit es nicht so stark in Abhängigkeit des Auslands gerät. Und das wäre ziemlich einfach zu haben, wie die Schweiz beweist.

Nicht nur ist die MwSt in der Schweiz viel tiefer, die Eidgenossen kennen auch schon lange Mindestlöhne. Der Wirtschaft hat es nicht geschadet. Sie läuft um einiges besser als in Deutschland, dank der vergleichsweise stabilen Binnennachfrage. Komischerweise sind also die Forderungen von Lafontaine alles andere als links - zumindest aus Schweizer Sicht. Die Forderungen sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Zudem haben Mindestlöhne den Vorteil, dass man die Abgaben auf den Löhnen reduzieren kann, da es je höher die Löhne sind, umso weniger nötig ist, die erwerbstätige Bevölkerung noch nebenher mit Sozialleistungen zu unterstützen.

Der Titel des Exportweltmeisters war also nichts anderes als ein staatlich subventioniertes Programm zugunsten der exportorientierten Konzerne. Gelitten haben darunter breite Teile der Bevölkerung, welche wegen den tiefen Löhnen und hohen Abgaben als Nachfrager von Gütern geschwächt werden. Doch diese Erkenntnis ist weder bei der deutschen Bevölkerung noch bei den Medien angekommen. So schreibt zum Beispiel die FAZ, die Linke habe auf ihrem Parteitag in Berlin ihre antikapitalistische Stossrichtung bekräftigt. Kernpunkte seien unter anderem ein

flächendeckender, gesetzlicher
Mindestlohn von 10 Euro und eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf
500
Euro.

Zur Verstärkung dieser Argumentation wurde noch der
Vorsitzende des Sachverständigenrats, der Mannheimer Oekonom Wolfgang
Franz aufgeboten. Er meinte zur Mindestlohnforderung, dies gefährde
mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze. „Dann können wir die
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Arbeitnehmer
vergessen“, warnte Franz gegenüber dieser Zeitung. Angesichts der
wachsenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in der Krise passe die
Forderung „wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge“.

Nun, wer
solche Sachverständige hat, der darf sich über Krisen nicht wundern.

Nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen
Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftungbewegt sich der Mindestlohn
innerhalb Europas zwischen 30 und 50 Prozent des Durchschnittslohns.
Als arm gilt, wer weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes
verdient. Überträgt man diese Definition der internationalen
Armutsforschung auf den Mindestlohn, müsste dieser in Deutschland
tatsächlich bei den von Lafontaine geforderten zehn Euro liegen. (Quelle)Währenddessen geht es den Reichen in
Deutschland sehr gut. Laut CapGeminis Welt-Vermögens-Bericht reduzierte
sich im letzten Jahr die Anzahl der Reichen am wenigsten in
Deutschland -
minus 2.7 Prozent auf derzeit 809'700 Dollar Millionäre. (Quelle). Doch
hier will man mit den Steuern nicht ansetzen.

Weiter
überrascht wurde ich auch bei meinen Recherchen, dass Deutschland im
Gegensatz zur Schweiz keine Vermögenssteuern kennt. Langsam habe ich
das Gefühl, dass das Kapitel Steueroase Schweiz - Steuerhölle
Deutschland neu geschrieben werden muss. Für die Deutschen ist ihre
Heimat nur eine Hölle, wenn es um die Einkommen und indirekten Abgaben
geht. Kein Wunder also, versuchen vorallem Selbstständig erwerbenede
einen Teil der Einkommen am Staat vorbei ins Ausland zu schmuggeln. Es
wäre aber viel einfacher, die Steuern auf Einkommen und die indirekten
Steuern zu vermindern und gleichzeitig eine Vermögenssteuer
einzuführen. Damit würde die Binnennachfrage gestärkt, die sozialen
Staatsumverteilungen könnten reduziert werden und die Steuerflucht
würde auf eine effektive Art bekämpft.

Doch diese Einsicht ist
offenbar erst bei Lafontaine angekommen. Keine Frage, als Deutscher
würde ich ihn sofort wählen - Sympathien hin oder her. Keine Soldaten
in Afganistan, Austritt aus der Nato, Mindestlöhne und
Vermögenssteuern. Solche Parolen gelten in der Alpenrepublik für
selbstverständlich und die Schweiz hat in Deutschland nicht den Ruf
eines Antikapitalisten.

Union prüft Anhebung der Niedrig-Mehrwertsteuer